

Geschäftsbericht 2012

# Bundesgericht

---



<b>Allgemeiner Teil</b>	<b>6</b>
<b>Zusammensetzung des Gerichts</b>	<b>6</b>
<b>Gerichtsorganisation</b>	<b>8</b>
<b>Geschäftslast</b>	<b>9</b>
<b>Vernehmlassungen und Stellungnahmen</b>	<b>11</b>
<b>Koordination der Rechtsprechung</b>	<b>12</b>
<b>Gerichtsverwaltung</b>	<b>12</b>
<b>Aufsichtstätigkeit gegenüber den erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichten</b>	<b>15</b>
<b>Zusammenarbeit mit den erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichten</b>	<b>16</b>
<b>Eidgenössische Erlasskommission für die direkte Bundessteuer</b>	<b>17</b>
<b>Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte</b>	<b>17</b>
<b>Hinweise an den Gesetzgeber</b>	<b>19</b>
<b>Statistiken</b>	<b>20</b>

## Geschäftsbericht des Bundesgerichts 2012

---

Lausanne, 11. Februar 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Bundesgerichtsgesetz erstatten wir Ihnen den Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2012.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesgerichts

Der Präsident:	Gilbert Kolly
Der Generalsekretär:	Paul Tschümperlin

# Allgemeiner Teil

## Zusammensetzung des Gerichts

---

### Leitungsorgane

#### Präsidium

Bundesgerichtspräsident: Lorenz Meyer  
Vizepräsident: Gilbert Kolly

#### Verwaltungskommission

Präsident: Lorenz Meyer  
Vizepräsident: Gilbert Kolly  
Mitglied: Martha Niquille

#### Präsidentenkonferenz

Vorsitzender: Ulrich Meyer, Präsident II. SorA  
Mitglieder: Kathrin Klett, Präsidentin I. ZirA  
Rudolf Ursprung, Präsident I. SorA  
Jean Fonjallaz, Präsident I. OerA  
Fabienne Hohl, Präsidentin II. ZirA  
Andreas Zünd, Präsident II. OerA  
Hans Mathys, Präsident StrA

#### Stab Leitungsorgane

Generalsekretär: Paul Tschümperlin  
Stellvertreter: Jacques Bühler

### Abteilungen

#### Erste öffentlich-rechtliche Abteilung (I. OerA)

Präsident: Jean Fonjallaz  
Mitglieder: Heinz Aemisegger  
Niccolò Raselli (bis 30.6.)  
Thomas Merkli  
Peter Karlen (ab 1.7.)  
Ivo Eusebio  
François Chaix

#### Zweite öffentlich-rechtliche Abteilung (II. OerA)

Präsident: Andreas Zünd  
Mitglieder: Peter Karlen (bis 30.6.)  
Hans Georg Seiler  
Florence Aubry Girardin  
Yves Donzallaz  
Thomas Stadelmann  
Lorenz Kneubühler (ab 1.7.)

#### Erste zivilrechtliche Abteilung (I. ZirA)

Präsidentin: Kathrin Klett  
Mitglieder: Bernard Corboz  
Vera Rottenberg Liatowitsch  
Gilbert Kolly  
Christina Kiss

### **Zweite zivilrechtliche Abteilung (II. ZirA)**

Präsidentin: Fabienne Hohl  
Mitglieder: Elisabeth Escher  
Lorenz Meyer  
Luca Marazzi  
Nicolas von Werdt  
Christian Herrmann

### **Strafrechtliche Abteilung (StrA)**

Präsident: Hans Mathys  
Mitglieder: Roland Schneider  
Laura Jacquemoud-Rossari  
Christian Denys  
Felix Schöbi

### **Erste sozialrechtliche Abteilung (I. SorA)**

Präsident: Rudolf Ursprung  
Mitglieder: Susanne Leuzinger  
Jean-Maurice Frésard  
Martha Niquille  
Marcel Maillard

### **Zweite sozialrechtliche Abteilung (II. SorA)**

Präsident: Ulrich Meyer  
Mitglieder: Aldo Borella  
Yves Kernen  
Brigitte Pfiffner Rauber  
Lucrezia Glanzmann

### **Rekurskommission**

Präsidentin: Vera Rottenberg Liatowitsch  
Mitglieder: Yves Kernen  
Ivo Eusebio

in Personalangelegenheiten zusätzlich:  
Mitglieder: Peter Uebersax  
Mélanie Fretz Perrin

Ersatzleute: Antoine Thélin  
Josef Fessler

Im Berichtsjahr amtierten *Lorenz Meyer* als Präsident und *Gilbert Kolly* als Vizepräsident des Gerichts. Das Gesamtgericht konstituierte sich mit Beschlüssen vom 15.10.2010, 15.11.2010, 4.4.2011, 17.10.2011, 26.3.2012 und 21.6.2012.

Bundesrichter *Niccolò Raselli* erklärte auf Ende Juni seinen Rücktritt. Ende Jahr schied Bundesrichterin *Vera Rottenberg Liatowitsch* altershalber aus. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 13.6.2012 *Lorenz Kneubühler*, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Bern, und *Niklaus Oberholzer*, Kantonsgerichtspräsident, St. Gallen, zu ihren Nachfolgern. Bundesgerichtspräsident *Lorenz Meyer* trat auf das Ende des Berichtsjahres zurück. Als Nachfolgerin wählte die Vereinigte Bundesversammlung am 26.9.2012 *Alexia Heine*, Präsidentin des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich, Andelfingen.

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 14.3.2012 *Isabelle Fellrath Gazzini*, Rechtsanwältin, Morges, als Nachfolgerin des im Vorjahr zum Bundesrichter gewählten *François Chaix* zur neuen nebenamtlichen Bundesrichterin. *Peter Locher* schied auf das Ende des Berichtsjahres altershalber aus. Zu seinem Nachfolger wählte die Vereinigte Bundesversammlung am 12.12.2012 *Rolf Benz*, Steueranwalt, Winterthur.

Das Gericht stellte *Dina Beti*, *Martin Kocher*, *Caroline Cavaleri Rudaz*, *Christian Kölz*, *Sarah Reitze*, *Caroline Hildbrand*, *Julia Hänni*, *Susanne Genner* und *Ludivine Livet* definitiv als Gerichtsschreiberinnen bzw. Gerichtsschreiber ein.

## Gerichtsorganisation

---

Die Gerichtsorganisation blieb im Berichtsjahr unverändert.

Das Gesamtgericht beschloss am 8. Oktober, die strafprozessualen Beschwerden gegen Endentscheide (Verfahrenseinstellungen und Nichtanhandnahmeverfügungen) ab 1. Januar des Folgejahres von der Ersten öffentlich-rechtlichen Abteilung wieder der Strafrechtlichen Abteilung zu übertragen.

## Geschäftslast

Die Statistiken (S. 20 ff.) geben über die Geschäftslast im Einzelnen Auskunft. Sie weisen 7871 *Eingänge* aus (Vorjahr 7418). Gegenüber dem Vorjahr sind die Eingänge um 453 Fälle oder 6% angestiegen.

Das Gericht *erledigte* 7667 Fälle (Vorjahr 7328). In 64 Fällen fand eine Beratung nach Art. 58 Abs. 1 BGG statt (Vorjahr 72). Das Gericht übertrug insgesamt 2469 pendente Fälle auf das Folgejahr (Vorjahr 2265). Dies ergibt pro Abteilung durchschnittlich 353 pendente Fälle (Vorjahr 324).

Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die Abteilungen:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
<b>I. OerA</b>	<b>1510</b>	<b>1377</b>
Grundrechte, Raumplanungs- und Baurecht, politische Rechte, Bürgerrecht, strafprozessuale Zwischenentscheide und Einstellungen		
<b>II. OerA</b>	<b>1394</b>	<b>1340</b>
Grundrechte, Steuerrecht, Ausländerrecht, öffentliches Wirtschaftsrecht		
<b>I. ZirA</b>	<b>874</b>	<b>851</b>
OR, privates Wettbewerbsrecht, Immaterialgüterrecht, internationale Schiedsgerichtsbarkeit, Haftpflicht		
<b>II. ZirA</b>	<b>1180</b>	<b>1207</b>
ZGB und SchKG		
<b>StrA</b>	<b>779</b>	<b>769</b>
Strafrecht		
<b>I. SorA</b>	<b>1063</b>	<b>1045</b>
IV, Unfallversicherung, Sozialhilfe, öffentliches Personalrecht		
<b>II. SorA</b>	<b>1060</b>	<b>1071</b>
IV, AHV, Krankenversicherung, berufliche Vorsorge		
<b>Weitere Instanzen</b>	<b>11</b>	<b>7</b>
Aufsicht, freiwillige Gerichtsbarkeit		
<b>Total</b>	<b>7871</b>	<b>7667</b>

Die *Geschäftslast* des Bundesgerichts ist damit im Berichtsjahr markant angestiegen. Die steigende Tendenz der letzten vier Jahre setzte sich verstärkt fort. Die *Eingänge* erreichen nun ein Allzeithoch. Im Vergleich zum Jahre 2006, dem letzten Jahr nach altem Organisationsgesetz, haben die Eingänge um 578 Fälle zugenommen. Damals waren – nach Abzug von 568 konnexen staatsrechtlichen Beschwerden, deren Rügen heute mit der Einheitsbeschwerde vorgebracht werden – 7293 Beschwerden zu verzeichnen.

Die *Erledigungen* konnten um 339 Fälle bzw. 4,6% ebenfalls deutlich gesteigert werden. Sie hielten allerdings in fünf von sieben Abteilungen mit den ansteigenden Eingängen nicht Schritt.

Die *Situation* ist insbesondere in den beiden öffentlich-rechtlichen Abteilungen angespannt, die 1510 bzw. 1394 Neueingänge zu verzeichnen hatten. Das Bundesgericht hat daher erste Massnahmen getroffen, um die Geschäftslast weiterhin bewältigen zu können. Der Ersten öffentlich-rechtlichen Abteilung wurden zu Beginn des Jahres von anderen Abteilungen 1,6 Gerichtsschreiberstellen zugeteilt. Sie wird im Folgejahr von den strafprozessualen Beschwerden gegen Endentscheide und damit von rund 300 bis 350 Fällen entlastet werden. Die Geschäftslast der Strafrechtlichen Abteilung wird damit ebenfalls auf rund 1100 Fälle ansteigen. Damit sie diese Zusatzlast bewältigen kann, tritt ihr die Erste öffentlich-rechtliche Abteilung 1,5 Gerichtsschreiber-Stellen ab. Dies vermindert allerdings deren Entlastung und zeigt die insgesamt angespannte Situation auf. Die Anzahl der im Jahre 2011 neu eingeführten strafrechtlichen Beschwerden von geschädigten Personen, die sich nach Art. 118 StPO als Privatkläger konstituiert haben, sind im Übrigen auf 266 berechnet worden, gegenüber 74 Beschwerden von Opfern im Sinne von Art. 116 StPO (total 340).

Gleichwohl konnte die Geschäftslast von den Abteilungen insgesamt noch innert angemessener Frist bewältigt werden. Der Triage der Fälle kommt dabei eine immer grössere Bedeutung zu. Es ist für den Geschäftsgang entscheidend, dass der Schwerpunkt auf die wichtigen Fälle gelegt wird. Für die Fälle, die für die Rechtsprechung eine grössere Bedeu-

tung haben, ist es manchmal schwierig, die nötige Zeit aufzubringen. Die durchschnittliche Prozessdauer blieb mit 125 Tagen praktisch unverändert. Fünf Fälle waren am Ende des Berichtsjahres älter als zwei Jahre.



## Vernehmlassungen und Stellungnahmen

---

Das Bundesgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung in 18 (Vorjahr 22) *Konsultationsverfahren* zu Gesetzes- und Verordnungsprojekten begrüsst. Es erstattete neun Stellungnahmen (Vorjahr acht).

### Erweiterung der Kognition des Bundesgerichts bei Beschwerden in Bundesstrafsachen

Der Gesetzesentwurf des EJPD dient der Umsetzung der Motion Janiak 10.3138. Danach sollen die Art. 97 Abs. 2 und Art. 105 Abs. 3 BGG dahingehend abgeändert werden, dass das Bundesgericht bei Beschwerden gegen einen Entscheid einer Strafkammer des Bundesstrafgerichts auch den Sachverhalt überprüft. Das Bundesgericht hat sich in seinen Stellungnahmen ablehnend geäussert und darauf hingewiesen, dass die vorgesehene Sachverhaltskontrolle eine spürbare Mehrbelastung bewirken wird und damit dem wichtigsten Ziel der Justizreform widerspricht, das Bundesgericht zu entlasten. Die freie Sachverhaltskontrolle steht auch im Widerspruch zur besonderen Aufgabe des Bundesgerichts, als oberstes Gericht primär für die Rechtseinheit und die Rechtsfortentwicklung in der Schweiz zu sorgen (vgl. dazu auch die Botschaften des Bundesrates zur Totalrevision der Bundesrechtspflege, BBl 2001 4225 Ziff. 2.2.1, und zum Strafbehördenorganisationsgesetz, BBl 2008 8145).

### Postgesetz

Die Post schafft die traditionellen gelben Gerichtsurkunden ab. Diese werden ab 2013 durch einen elektronischen Zustellnachweis ersetzt. Der Empfänger unterschreibt für den Empfang des Gerichtsdokuments auf einem Terminal der Post. Diese Unterschrift ist jedoch keine qualifizierte elektronische Unterschrift im Sinne des Bundesgesetzes über die elektronische Signatur (ZertEs), wie sie für den elektronischen Verkehr mit Behörden verlangt wird, sondern ein blosses Pixelmuster der Unterschrift. Das Bundesgericht hat daher im Vernehmlassungsverfahren zur Postverordnung vorgeschlagen, im Postgesetz eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, welche

die Unterschrift auf dem Terminal der Post als rechtsgenügend anerkennt. Dieser Vorschlag ist weder bei der Revision des Postgesetzes noch jener der Postverordnung berücksichtigt worden.

## Koordination der Rechtsprechung

---

Die Koordination der Rechtsprechung unter den Abteilungen gemäss Art. 23 Abs. 2 BGG mündete in sechs Entscheidungen vereinigter Abteilungen mit bindender Wirkung für die urteilende Abteilung. Die Präsidentenkonferenz koordinierte verschiedene weitere Rechtsfragen zwischen den Abteilungen. Mit Beschluss vom 24. September führte die Präsidentenkonferenz die *Richtlinie* zum Verfahren nach Art. 23 BGG nach. Diese ermöglicht nun insbesondere ein verkürztes Koordinationsverfahren (einphasiges Verfahren), um die formelle Koordination zu erleichtern, wenn von einer Rechtsfrage voraussichtlich nur zwei Abteilungen betroffen sind.

Die Praxis zum *Replikrecht* beschäftigte das Bundesgericht auch im Berichtsjahr. Am 30. November verneinte die Vereinigung aller Abteilungen des Bundesgerichts die Frage, ob es in allen schriftlichen gerichtlichen Verfahren grundsätzlich geboten sei, eine Frist anzusetzen, wenn Eingaben zur Wahrung des unbedingten Replikrechts (rechtliches Gehör; Art. 29 BV) den anwaltlich vertretenen Parteien zur allfälligen Stellungnahme zugestellt werden.

Die Präsidentenkonferenz verabschiedete am 25. Juni die allgemeine *Wegleitung* für die Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen. Diese bezweckt, Form und Redaktionsweise der Urteile und Verfügungen des Bundesgerichts so weitgehend als möglich zu vereinheitlichen. Sie enthält – vor allem zuhänden neuer Mitarbeiter – überdies allgemeine Hinweise zur Gerichtstätigkeit und zu den Aufgaben des Gerichtsschreibers. Daneben kann die *Wegleitung* aufgrund ihrer Stoffsammlung auch als allgemeines Handbuch im Sinne einer unverbindlichen Orientierungshilfe für die Richter und Abteilungspräsidien dienen.

## Gerichtsverwaltung

---

### Ziele des Bundesgerichts

Das Gesamtgericht befasste sich an seiner Sitzung vom 8. Oktober mit der heutigen Belastungssituation und der teilweisen Falschbelastung des Gerichts. Es hat als mittel- und langfristiges Hauptziel beschlossen, eine nachhaltige Verbesserung der verfassungsrechtlichen Stellung des Bundesgerichts als oberste rechtsprechende Behörde des Bundes (Art. 188 Abs. 1 BV) anzustreben. Es hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die aus den Mitgliedern der Verwaltungskommission sowie den Abteilungspräsidien oder einem anderen Vertreter der Abteilung besteht und die erforderlichen Massnahmen erarbeiten soll.

### Nebenamtliche Richter

Die 19 nebenamtlichen Richterinnen und Richter erstatteten in 202 Fällen Bericht und Antrag (Vorjahr 164). Sie stellten insgesamt 510 Arbeitstage (Vorjahr 398) in Rechnung. Die Entschädigungen für die nebenamtlichen Richterinnen und Richter beliefen sich auf insgesamt Fr. 652 000 (Vorjahr Fr. 538 000).

Nebenamtliche Bundesrichterinnen und Bundesrichter, die nicht selbstständigerwerbend sind und für ihre Tätigkeit am Bundesgericht nicht obligatorisch in der beruflichen Vorsorge versichert werden müssen, können sich nun rückwirkend bis zum 1. Juli 2008 auf der Basis der effektiv bezogenen Entschädigungen freiwillig in der Publica versichern lassen. Vier Nebenamtliche haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

### Spruchkörperbildung

Das Bundesgericht führte im Berichtsjahr in drei Pilotabteilungen die EDV-Applikation *CompCour* zur automatischen Bestimmung der mitwirkenden Mitglieder ein, ohne Präsident und Referent. Der Präsident oder die Präsidentin der Abteilung wirkt im bundesgerichtlichen System in der Regel immer mit, um die Koordination der Rechtsprechung innerhalb der Abteilung sicherzustellen. Den Referenten oder die Referentin zu bezeichnen, ist gemäss Art. 32 Abs. 1 BGG Aufgabe des Abteilungspräsidiums. Für die übrigen mitwirkenden Richter und Richterinnen erlaubt die Applikation verschiedene Voreinstellungen

wie Spezialisierung, Geschlecht, Dringlichkeit, Abwesenheit, Verfügbarkeitsgrad. Die Präsidentenkonferenz hat am 13. Dezember beschlossen, die Applikation CompCour bis Ende April 2013 in allen Abteilungen einzuführen.

### Controlling

Die Subkommissionen Gerichte/BA der Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte teilten dem Bundesgericht mit Brief vom 5. November 2012 mit, dass sie auf die Aushängung der bisherigen *Controlling-Daten* nicht verzichten möchten. Die parlamentarische Oberaufsicht erwartet jedoch bis Ende Februar 2013 Vorschläge des Bundesgerichts, wie die Controlling-Daten mit Mehrjahresvergleichen, Tendenzangaben und Kommentaren besser aufbereitet werden können.

### Personelles

Das Bundesgericht zählte im Berichtsjahr 38 *Richter* und *Richterinnen*.

Der übrige *Personaletat* betrug unverändert 273,6 Stellen, davon 127 Stellen für Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber. Im Jahresdurchschnitt waren 271,3 Stellen bzw. 125,1 GS-Stellen besetzt.

Das Bundesgericht hat verschiedene Bestimmungen seiner *Personalverordnung* der Entwicklung des Bundesrechts angepasst. Gestützt auf die Änderung des Bundespersonalgesetzes sind namentlich die Bestimmungen zum Datenschutz im Personalbereich ergänzt worden.

### Kanzlei

Die Zahl der *elektronischen Beschwerden* ist mit 25 auch im vergangenen Jahr klein geblieben. Das Bundesgericht seinerseits stellt seine Entscheide nur ausnahmsweise elektronisch zu, da der Aufwand zu gross ist, wenn im gleichen Verfahren teilweise elektronisch und teilweise mit traditioneller Post zugestellt wird. Der Versand ist nur dann wirtschaftlich, wenn in einem bestimmten Verfahren eine einzige Zustellweise zum Zuge kommt.

### Informatik

OpenJustitia ist ein Paket gerichtsspezifischer Software, die das Bundesgericht im Internet unter einer OpenSource-Lizenz kostenlos

zur Verfügung stellt. Am 5. April und 23. Oktober nahm das Bundesgericht schriftlich zu Fragen der Geschäftsprüfungskommissionen Stellung. Am 4. Oktober konstituierte sich die Community von OpenJustitia und bestellte mit dem Koordinationsausschuss sowie dem Technologieausschuss ihre Organe. Am Ende des Berichtsjahres umfasste die Community 15 Mitglieder.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle legte bei ihrer Kontrolle des Finanzwesens des Bundesgerichts ein besonderes Gewicht auf die Wirtschaftlichkeit des Informatikdienstes. Im Prüfbericht vom 29. November hält die Finanzkontrolle fest, dass das Rechenzentrum professionell betrieben wird, Beschaffungen wirtschaftlich, sachdienlich und effizient erfolgen und OpenJustitia nach den marktüblichen Regeln eingesetzt wird. Selbst SWICO, der Branchenverband für die digitale Schweiz, anerkannte in seiner öffentlichen Stellungnahme vom 16. November, dass die Eigenentwicklung des Bundesgerichts eine valable Option gewesen ist. Mit der Veröffentlichung unter der OpenSource-Lizenz werde der Privatwirtschaft keine Konkurrenz gemacht. Das Bundesgericht habe sich, wenn überhaupt, nicht allzu weit von dem entfernt, was von der öffentlichen Hand verlangt werden könne.

### Informationswesen

Das Bundesgericht *veröffentlichte* im Berichtsjahr 322 Urteile in der Amtlichen Sammlung der Bundesgerichtsurteile (Vorjahr 271). Es schaltete mit einer Ausnahme alle verfahrensabschliessenden Urteile im Internet auf, um die Transparenz der Rechtsprechung zu gewährleisten. Beim nicht aufgeschalteten Fall ging es um den Datenschutz einer Person, die im Ausland staatliche Repressalien befürchtete. Die Dispositive aller Urteile wurden in der Eingangshalle des Bundesgerichts in Lausanne öffentlich aufgelegt, in 39 Fällen ohne Namensangabe. Letztere betrafen vor allem den Opferschutz in Strafsachen, namentlich bei Sexualdelikten, Haftfällen und anderen strafrechtlichen Zwangsmassnahmen.

Das Bundesgericht berichtete mit 18 (Vorjahr 26) *Medienmitteilungen* über seine Rechtsprechung, soweit ein besonderes öffentliches Interesse bestand. Sechs weitere

Medienmitteilungen betrafen die Organisation oder Verwaltung des Bundesgerichts oder seine Beziehungen mit anderen Gerichten.

Das Gesamtgericht hat an der Sitzung vom 8. Oktober beschlossen, seine Präsenz im *Fernsehen* zu verbessern. Das Bundesgericht wird den Fernsehstationen allgemeines Bildmaterial über die Institution zur Verfügung stellen. Zusätzlich kann die Abteilung im Einzelfall gestatten, das Eintreten der Richter und Richterinnen in den Gerichtssaal bis zum Beginn der Urteilsberatung sowie am Schluss der Sitzung die Eröffnung des Urteilsdispositivs zu filmen. Die Umsetzung ist im Gange.

#### **Beziehungen zu den kantonalen Gerichten**

Das Bundesgericht führte am 26. Oktober in Luzern die zweite *Justizkonferenz* mit den Präsidien der kantonalen Obergerichte durch. Die Konferenz war verschiedenen aktuellen gerichtsorganisatorischen Fragen gewidmet, wie der Frage von Pikettdiensten an Obergerichten, um den verfahrensrechtlichen Anforderungen bei Beschwerden gegen Haftentlassungsentscheide der Zwangsmassnahmengerichte zu genügen, der Frage von Qualitätsstandards bei Richter und Richterinnen oder der neuen elektronischen Gerichtsurkunde der Post (vgl. dazu oben bei den Vernehmlassungen). Das Bundesgericht hat es übernommen, auf administrativer Ebene eine Arbeitsgruppe zu bilden, um interkantonale Vergleichsstatistiken zum Gerichtswesen zu prüfen. Die Justizkonferenz beschloss, das Treffen im Folgejahr beim Obergericht Zug durchzuführen.

#### **Beziehungen zu ausländischen Gerichten**

Die internationalen Beziehungen des Bundesgerichts sind in erster Linie auf die Nachbarländer und die internationalen Gerichtsorganisationen ausgerichtet, in denen das Bundesgericht Mitglied ist.

Von der Generalversammlung der *ACCPUF* (Association des cours constitutionnelles ayant en partage l'usage du français), der 46 französischsprachige Verfassungsgerichte angehören, wurde dem Bundesgericht am 5. Juli in Marrakesch das erste Vizepräsidium übertragen. Damit wird das Bundesgericht im Jah-

re 2015 statutengemäss den Kongress und die Generalversammlung der *ACCPUF* ausrichten.

Das Bundesgericht nahm an der Vorkonferenz der Europäischen Verfassungsgerichte in Wien und am Sechser-Treffen der deutschsprachigen Verfassungs- und der europäischen Gerichte in Luxemburg teil, das vom Gerichtshof der Europäischen Union ausgerichtet wurde. Es stattete bei dieser Gelegenheit auch dem EFTA-Gerichtshof einen Besuch ab. Das Bundesgericht wirkte am Treffen der obersten deutschsprachigen Verwaltungsgerichte in Wien mit und traf sich zu Fachgesprächen mit dem Conseil d'Etat français in Paris sowie mit dem Bundesfinanzhof in München. Es empfing vom 29. März bis 1. April an seinem zweiten Standort in Luzern den österreichischen Verfassungsgerichtshof zu einem bilateralen Meinungsaustausch zu verschiedenen gerichtsorganisatorischen und verfassungsrechtlichen Fragen. Das Bundesgericht nahm an weiteren internationalen Tagungen teil. Der Vizepräsident vertrat das Bundesgericht an der 20-Jahr-Feier des Obersten Wirtschaftsgerichts von Russland und an der 50-Jahr-Feier des türkischen Verfassungsgerichts.

#### **Beziehungen zum Parlament**

Der Bundesgerichtspräsident wurde am 16. Februar von der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates zur Erweiterung der Verfassungsgerichtsbarkeit angehört. Mit den Geschäftsprüfungs- und Finanzkommissionen sowie mit der Gerichtskommission wurden vielfältige Fragen behandelt.

#### **Beziehungen zum EJPD**

Der Bundesgerichtspräsident und der Vizepräsident trafen sich am 18. Dezember mit der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements in Bern zu einem Meinungsaustausch.

#### **Finanzen**

Die *Rechnung* des Bundesgerichts weist im Berichtsjahr Ausgaben (inklusive Investitionen) in der Höhe von Fr. 90 787 000 und Einnahmen in der Höhe von Fr. 14 026 000

aus. Der Deckungsgrad betrug somit 15,4%. Die Gerichtsgebühren beliefen sich auf Fr. 11 720 000. Diesen Gebühren stehen effektive Verluste von Fr. 1 021 000 gegenüber. Gemessen an den fakturierten Gerichtsgebühren des Berichtsjahres betragen die Verluste somit 8,7%. Die Wiedereingänge abgeschriebener Forderungen betragen Fr. 85 000.

	Betrag in CHF
Ausgaben (inkl. Investitionen)	90 787 000
Einnahmen	14 026 000

## Aufsichtstätigkeit gegenüber den erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichten

### Sitzungen

Am 4. April behandelte das Bundesgericht mit den drei erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichten je getrennt die Rechnung 2011 und den Voranschlag 2013 sowie gerichtsspezifische Fragen. Allgemeine Fragen sowie das Vorgehen zur Harmonisierung der Stelleneinrichtungen wurden in einem gemeinsamen Teil erörtert. Weitere Sitzungen fanden am 28. September beim Bundesstrafgericht in Bellinzona sowie am 1. Oktober beim Bundesverwaltungsgericht und beim Bundespatentgericht in St. Gallen statt.

### Aufsichtsanzeigen

Beim Bundesgericht gingen acht Aufsichtsanzeigen gegen das Bundesverwaltungsgericht und eine Aufsichtsanzeige gegen das Bundesstrafgericht ein. Das Bundesgericht gab der Aufsichtsanzeige gegen das Bundesstrafgericht und fünf Aufsichtsanzeigen gegen das Bundesverwaltungsgericht keine Folge. Drei Aufsichtsanzeigen waren Ende Jahr noch hängig.

Der Aufsichtsanzeige der Eidgenössischen *Schätzungskommission 10* (ESchK 10; Kanton Zürich) gab das Bundesgericht mit Entscheid vom 24. August keine Folge. Bei der ESchK 10 waren Ende 2011 über 1800 Enteignungsverfahren anhängig. Die Verwaltungskommission des Bundesgerichts stellte fest, dass das Milizsystem und die darauf beruhende Verordnung vom 10. Juli 1968 über Gebühren und Entschädigungen im Enteignungsverfahren (SR 711.3) der ESchK 10 besondere betriebliche und organisatorische Probleme bieten. Sie hielt in den Erwägungen fest, dass das Bundesverwaltungsgericht als Aufsichtsbehörde die nötigen organisatorischen Voraussetzungen für ein ordnungsgemässes Funktionieren der ESchK 10 zu schaffen, bzw. bei der zuständigen Behörde darauf hinzuwirken hat. Die dafür wesentliche Entschädigungsfrage war indessen vom Kanton Zürich beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation zuhanden des Bundesrates bereits anhängig gemacht worden. Ausserdem erläuterte das

Bundesgericht die geltenden Grundsätze für eine obligatorische Aufnahme der hauptberuflich für die ESchK 10 tätigen Mitglieder und Mitarbeiter in die Pensionskasse des Bundes (12T\_3/2012). Die Erste öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichts hiess weiter mit Urteil vom 6. September 2012 eine Beschwerde der Flughafen Zürich AG gegen ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts betreffend eine Kostenverfügung der ESchK 10 teilweise gut. Die I. OerA hielt fest, dass der Bund bzw. das Bundesverwaltungsgericht de lege lata alle Kosten zu tragen hat, die den Enteignern nicht oder noch nicht verrechnet werden können. Die ESchK 10 habe dafür in regelmässigen Abständen der Kasse des Bundesverwaltungsgerichts Rechnung zu stellen (1C\_224/2012).

### **Besondere Themen**

Das Bundesgericht unterstützte mit Eingabe vom 23. April den Vorstoss des Bundesstrafgerichts, aus gerichtsorganisatorischen Gründen die gesetzlichen Voraussetzungen für nebenamtliche Richter an diesem Gericht zu schaffen.

Mit dem Bundesverwaltungsgericht wurden namentlich der Umzug nach St. Gallen sowie die Verfahrensdauern im Allgemeinen und im Asylrecht im Besonderen behandelt.

### **Zusammenarbeit mit den erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichten**

---

Die Generalsekretäre der Gerichte trafen sich am 9. Februar und 25. Oktober in Luzern sowie am 17. August in St. Gallen zum Gedankenaustausch und zur Koordination verschiedener Fragen zwischen den Gerichten, namentlich auch zur Vorbereitung der gemeinsamen Geschäfte der Verwaltungskommissionen. Die Generalsekretariate des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesgerichts haben sich gegenseitig besucht und bei dieser Gelegenheit Erfahrungen ausgetauscht.

Die Zusammenarbeit zwischen den Generalsekretariaten und den Diensten der Gerichte ist sachorientiert und gut eingespielt.

## Eidgenössische Erlasskommission für die direkte Bundessteuer

---

Im Berichtsjahr sind keine Änderungen zu verzeichnen.

Das Bundesgericht stimmte dem Gesetzesprojekt zur Aufhebung der Eidgenössischen Erlasskommission für die direkte Bundessteuer zu. Deren Aufgaben sollen den kantonalen Behörden übertragen werden. Um eine einheitliche Rechtsanwendung zu gewährleisten, soll in diesem Gebiet der Rechtsweg an das Bundesgericht geöffnet werden, wenn sich eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung stellt oder es sich um einen besonders bedeutenden Fall handelt. Mit der Eidgenössischen Erlasskommission für die direkte Bundessteuer wird die letzte Wahlkompetenz des Bundesgerichts ausserhalb des BGG entfallen.

## Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

---

Im Berichtsjahr wurden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 328 Beschwerden gegen die Schweiz offiziell registriert (Vorjahr 368) und einem Spruchkörper zur Beurteilung zugewiesen.

Die Schweizerische Regierung wurde in 21 Fällen zur Vernehmlassung eingeladen (Vorjahr 13). In 15 Fällen war das Bundesgericht letzte nationale Instanz, in sechs Asylfällen das Bundesverwaltungsgericht. Das Bundesgericht wurde vom schweizerischen Prozessbevollmächtigten in 17 Fällen (Vorjahr neun) zur Stellungnahme eingeladen.

Der EGMR erliess in sieben Fällen, in denen das Bundesgericht letzte nationale Instanz war, Unzulässigkeitsentscheide. In acht Fällen fällte er ein Urteil. Dabei stellte der EGMR in drei Fällen eine Verletzung der Konvention durch die Schweiz fest (Vorjahr ebenfalls drei Verletzungen), in fünf Fällen eine Nichtverletzung.

Die erste Verletzung betraf ein Verwaltungsverfahren zur Steuerhinterziehung, das Bezüge zu einem Strafverfahren aufwies. Der EGMR beanstandete im Fall *Chambaz* (Urteil vom 5.4.2012), dass die Steuerbehörden mit Bussen Druck auf den Betroffenen ausgeübt hatten, damit dieser für die Steuerveranlagung Dokumente zu seinem Einkommen und Vermögen einreichte. Im Zeitpunkt, als das Verwaltungsgericht diese Entscheide bestätigte, war bereits ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eröffnet. Der Steuerpflichtige war daher unzulässigerweise gezwungen, sich selbst zu belasten (Verletzung von Art. 6 Ziff. 1 EMRK – Recht auf ein faires Verfahren). Eine Verletzung der gleichen Bestimmung erblickte der EGMR ausserdem im Umstand, dass dem Steuerpflichtigen nicht der Zugang zu seinem ganzen Dossier gewährt worden war.

Im Fall *Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG* (Urteil vom 21.6.2012) wurde die Schweiz verurteilt, weil die zuständigen Behörden der SRG kein Fernsehinterview mit der Insassin einer Strafanstalt erlaubt hatten (Verletzung von Art. 10 EMRK – Recht auf freie Meinungsäusserung).

Im Fall *Nada* (Urteil vom 12.9.2012) verweigerten die schweizerischen Behörden dem Gesuchsteller die Einreise in die Schweiz aus der italienischen Enklave Campione, obschon die in Italien und der Schweiz gegen ihn geführten Untersuchungen eingestellt worden waren, weil dieser immer noch auf der Liste der Terrorverdächtigen des Sicherheitsrates der UNO stand. Der EGMR beurteilte die Verweigerung der Einreise unter den gegebenen Umständen als menschenrechtswidrig. Die Schweiz habe die Besonderheiten des Falles nicht hinreichend berücksichtigt und die Möglichkeiten für eine menschenrechtskonforme Umsetzung des UNO-Beschlusses nicht genutzt. Zudem habe in der Schweiz keine effektive Beschwerde geführt werden können (Verletzung von Art. 8 EMRK und von Art. 13 i.V.m. Art. 8 EMRK – Recht auf Privat- und Familienleben und Recht auf wirksame Beschwerde).

Im Verfahren *Joos* (Urteil vom 15.11.2012) anerkannte der EGMR die in BGE 132 I 42 publizierte Praxis zum unbedingten Replikrecht auf neue Eingaben der anderen Verfahrensbeteiligten unter Berücksichtigung der konkreten Umstände als konventionsmässig. Das Bundesgericht hatte seine Praxis zum Replikrecht schon seit mehr als einem Jahr publiziert, als es die Gegenbemerkungen der Verwaltungsbehörde dem Beschwerdeführer «zur Information» zugeschickt hat. Der Beschwerdeführer war selber Rechtsanwalt, die fragliche Eingabe zählte nur zwei Seiten, und das Bundesgericht wartete mit seinem Entscheid drei Wochen zu. Die Partei hätte somit hinreichend Gelegenheit für eine allfällige Vernehmlassung gehabt, auch wenn das Bundesgericht hierzu keine konkrete Frist angesetzt hatte (keine Verletzung von Art. 6 Ziff. 1 EMRK).

Die vier weiteren Urteile, bei denen keine Konventionsverletzung festgestellt wurde, betrafen eine strafprozessrechtliche Frage (anonyme Zeugen), die Landesverweisung bzw. die Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung von zwei Straftätern sowie die freie Meinungsäußerung (Verbot einer Plakatkampagne der Raheliner-Bewegung).



# Hinweise an den Gesetzgeber

## Zweite öffentlich-rechtliche Abteilung

### Verjährung im harmonisierten Steuerrecht

Im harmonisierten Steuerrecht verjährt das Recht zur Vornahme der Veranlagung auf jeden Fall 15 Jahre nach Ablauf der Steuerperiode (Art. 120 Abs. 4 und Art. 152 Abs. 3 DBG; Art. 47 Abs. 1 und Art. 53 Abs. 3 StHG). Diese Vorschriften traten für die direkte Bundessteuer am 1. Januar 1995 in Kraft. Das Bundesgericht hat in der Berichtsperiode die ersten Fälle betreffend die direkte Bundessteuer der Steuerperiode 1995/96, wo die absolute Veranlagungsverjährung bereits eingetreten war oder einzutreten drohte, beurteilt.

Diese gesetzliche Regelung hat zur Folge, dass die absolute Veranlagungsverjährung während der ganzen Dauer der Rechtshängigkeit vor den kantonalen Gerichten und vor Bundesgericht (in der Regel drei Instanzen) weiterläuft. Wenn die Steuerbehörden nach rechtskräftiger Veranlagung einen Nachsteuertatbestand entdecken und/oder ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren erforderlich ist, verbleibt für die gerichtliche Beurteilung über mehrere Instanzen aber oft zu wenig Zeit (vgl. BGE 138 II 169).

Das Bundesgericht betrachtet mit Besorgnis, dass die gesetzliche Regelung der Verjährung dazu einlädt, Beschwerde bis an das Bundesgericht zu führen, und rechnet mit einer Häufung solcher Fälle. In Betracht gezogen werden könnte eine Lösung, welche die Verjährung nach einem erstinstanzlichen Urteil nicht mehr weiterlaufen lässt (ähnlich wie im Strafrecht).

Das gleiche Problem stellt sich auch im Zusammenhang mit der absoluten Festsetzungsverjährung bei der Mehrwertsteuer von zehn Jahren (Art. 42 Abs. 6 MWSTG).

### Wettbewerbsbehörde für Kartellsanktionen

Die institutionelle Ausgestaltung des Kartellsanktionsverfahrens ist derzeit im Gesetzgebungsverfahren umstritten (vgl. dazu BBl 2012, 3905 ff.). Mit Urteil vom 29. Juni 2012 (Publigroupe SA, 2C\_484/2010, zur Publikation bestimmt) hat das Bundesgericht entschieden, dass die Sanktionen des Kartellrechts nach internationalem Recht nicht durch ein unabhängiges Gericht angeordnet werden müssen. Es ist vielmehr mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verein-

bar, dass diese von der Wettbewerbskommission selber verfügt werden, sofern eine Anfechtung bei einem Gericht möglich ist. Dies hat das Bundesgericht in Übereinstimmung mit analog lautenden Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte für Italien (i.S. Menarini Diagnostics S.R.L vom 27. September 2011) und des EFTA-Courts für den Europäischen Wirtschaftsraum (i.S. Posten Norge AS v. ESA vom 18. April 2012) erkannt.

## Erste zivilrechtliche Abteilung

### Streitwert für Beschwerden gegen

### Schiedsgerichtsurteile

Nach Art. 77 BGG ist die Beschwerde *in Zivilsachen* (Art. 72 ff BGG) gegen Entscheide von Schiedsgerichten zulässig. Art. 74 BGG, der für vermögensrechtliche Angelegenheiten einen Mindest-Streitwert vorsieht, wird in Art. 77 BGG für die Beschwerde gegen Schiedsgerichtsentscheide nicht ausgeschlossen. In der Lehre wird dagegen verbreitet die Ansicht vertreten, der Gesetzgeber habe am altrechtlichen Zustand nichts ändern wollen; damals war eine Streitwertgrenze für entsprechende Verfahren nicht vorgesehen. Das Bundesgericht konnte die Frage bisher offen lassen. Es stellt aber fest, dass sich den Materialien ein klarer Wille des Gesetzgebers nicht entnehmen lässt. Falls die Meinung besteht, es solle kein Streitwert gelten, sollte Art. 77 Abs. 2 BGG durch Art. 74 BGG ergänzt werden.

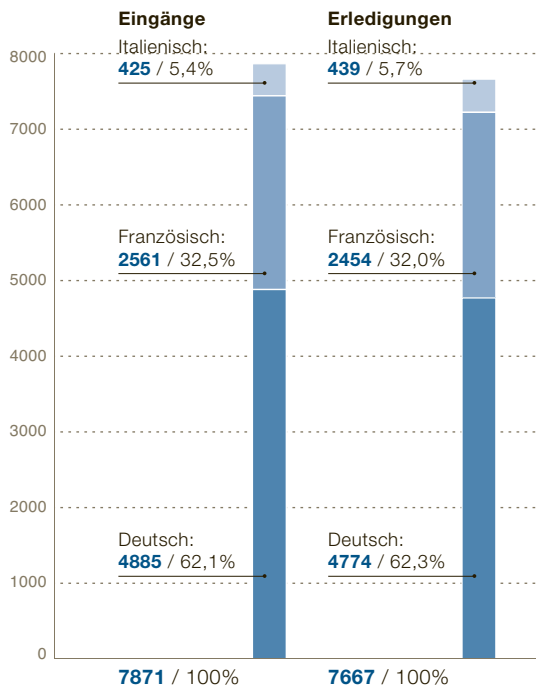
# Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensausgang					
	Eingang 2011	Erledigung 2011	Übertrag von 2011	Eingang 2012	Erledigung 2012	Übertrag auf 2013	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung Ablehnung	Gutheissung Bewilligung	Rückweisung	Überweisung
<b>Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten</b>												
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	3574	3572	1301	4058	3889	1470	100	1236	1858	507	187	1
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	427	434	58	386	405	39	9	310	70	15	1	-
Klagen	1	7	-	3	2	1	-	2	-	-	-	-
Revisionsgesuche usw.	84	83	12	100	97	15	5	42	37	12	1	-
<b>Total</b>	<b>4086</b>	<b>4096</b>	<b>1371</b>	<b>4547</b>	<b>4393</b>	<b>1525</b>	<b>114</b>	<b>1590</b>	<b>1965</b>	<b>534</b>	<b>189</b>	<b>1</b>
<b>Zivilsachen und SchKG-Beschwerden</b>												
Beschwerden in Zivilsachen	1676	1617	486	1714	1709	491	97	649	753	209	1	-
Klagen	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Revisionsgesuche usw.	37	39	4	32	30	6	3	17	10	-	-	-
<b>Total</b>	<b>1714</b>	<b>1657</b>	<b>490</b>	<b>1746</b>	<b>1739</b>	<b>497</b>	<b>100</b>	<b>666</b>	<b>763</b>	<b>209</b>	<b>1</b>	<b>-</b>
<b>Strafrechtspflege</b>												
Beschwerden in Strafsachen	1589	1547	399	1545	1503	441	39	500	749	212	1	2
Revisionsgesuche usw.	24	22	5	22	25	2	-	14	8	3	-	-
<b>Total</b>	<b>1613</b>	<b>1569</b>	<b>404</b>	<b>1567</b>	<b>1528</b>	<b>443</b>	<b>39</b>	<b>514</b>	<b>757</b>	<b>215</b>	<b>1</b>	<b>2</b>
<b>Weitere Geschäfte</b>												
Freiwillige Gerichtsbarkeit	-	-	-	1	1	-	-	-	-	1	-	-
Aufsichtsbeschwerden	5	6	-	10	6	4	-	4	2	-	-	-
<b>Total</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>-</b>	<b>11</b>	<b>7</b>	<b>4</b>	<b>-</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>7418</b>	<b>7328</b>	<b>2265</b>	<b>7871</b>	<b>7667<sup>2</sup></b>	<b>2469</b>	<b>253</b>	<b>2774</b>	<b>3487</b>	<b>959</b>	<b>191</b>	<b>3</b>

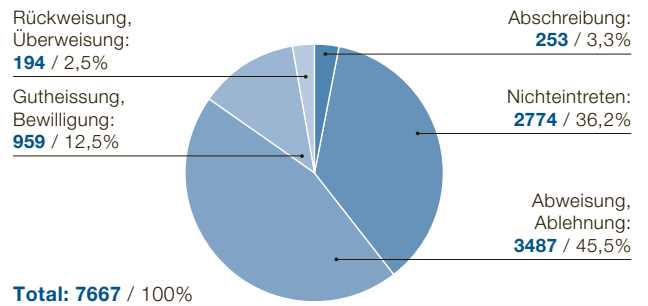
<sup>1</sup> Geringfügige Unterschiede gegenüber den Zahlenangaben im vorjährigen Geschäftsbericht sind durch spätere Änderungen bedingt (Prozessvereinigungen / Trennungen usw.)

<sup>2</sup> Hinzu kommen 17 EMRK-Vernehmlassungen

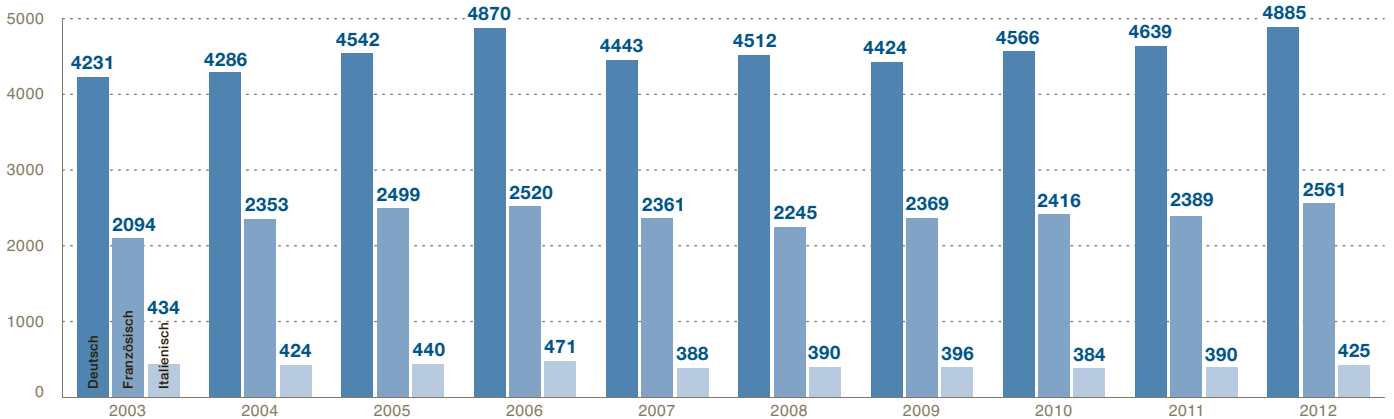
## Streitsachen nach Sprachen 2012



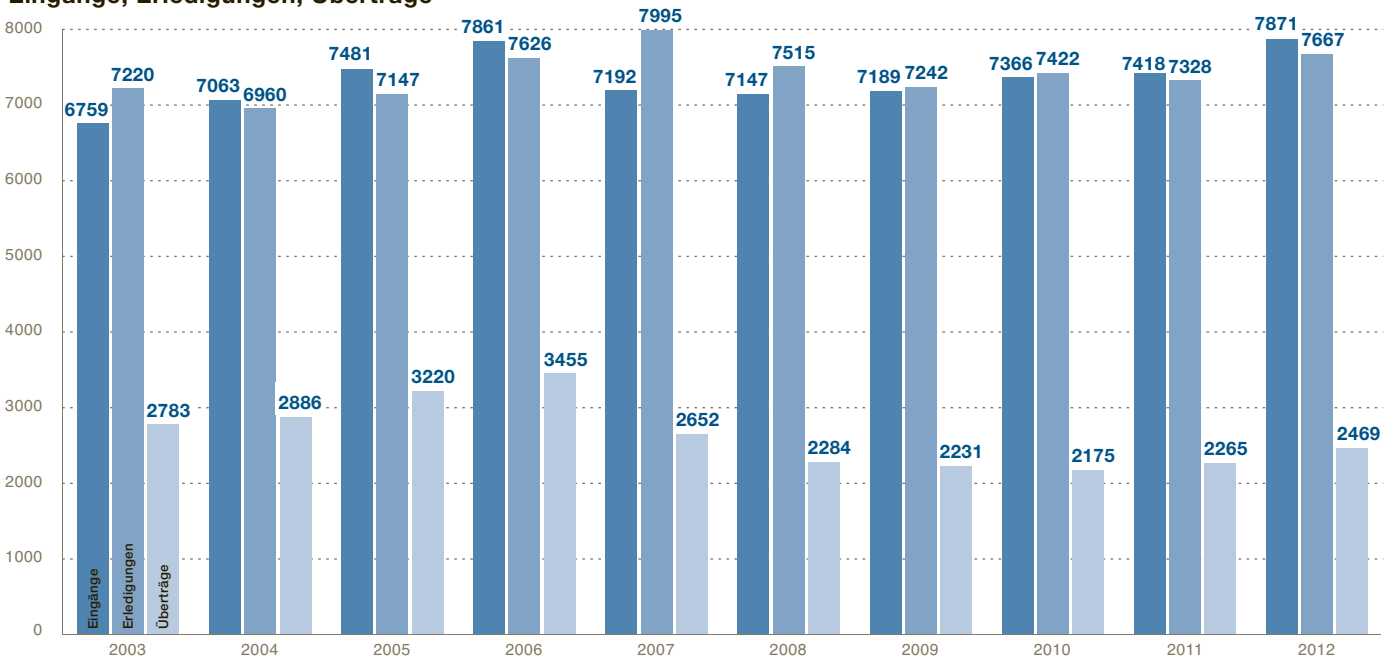
## Art der Erledigung 2012



## Eingegangene Streitsachen nach Sprachen

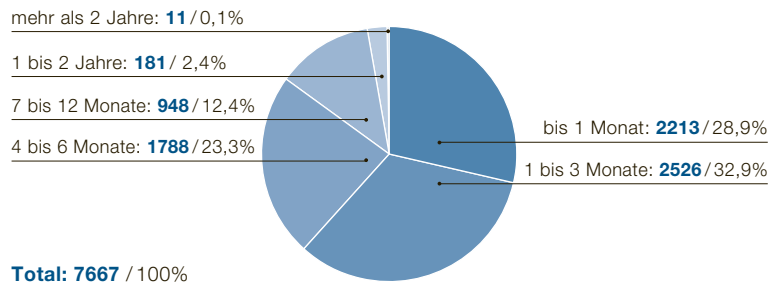


## Eingänge, Erledigungen, Überträge



# Dauer der Geschäfte

	bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2012
<b>Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten</b>							
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	1013	1099	978	666	127	6	<b>3889</b>
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	240	117	33	10	5	-	<b>405</b>
Klagen	1	1	-	-	-	-	<b>2</b>
Revisionsgesuche usw.	54	33	6	2	2	-	<b>97</b>
<b>Total</b>	<b>1308</b>	<b>1250</b>	<b>1017</b>	<b>678</b>	<b>134</b>	<b>6</b>	<b>4393</b>
<b>Zivilsachen und SchKG-Beschwerden</b>							
Beschwerden in Zivilsachen	423	691	424	144	22	5	<b>1709</b>
Revisionsgesuche usw.	11	18	-	1	-	-	<b>30</b>
<b>Total</b>	<b>434</b>	<b>709</b>	<b>424</b>	<b>145</b>	<b>22</b>	<b>5</b>	<b>1739</b>
<b>Strafrechtspflege</b>							
Beschwerden in Strafsachen	456	551	346	125	25	-	<b>1503</b>
Revisionsgesuche usw.	13	11	1	-	-	-	<b>25</b>
<b>Total</b>	<b>469</b>	<b>562</b>	<b>347</b>	<b>125</b>	<b>25</b>	<b>-</b>	<b>1528</b>
<b>Weitere Geschäfte</b>							
Freiwillige Gerichtsbarkeit	1	-	-	-	-	-	<b>1</b>
Aufsichtsbeschwerden	1	5	-	-	-	-	<b>6</b>
<b>Total</b>	<b>2</b>	<b>5</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>7</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>2213</b>	<b>2526</b>	<b>1788</b>	<b>948</b>	<b>181</b>	<b>11</b>	<b>7667</b>

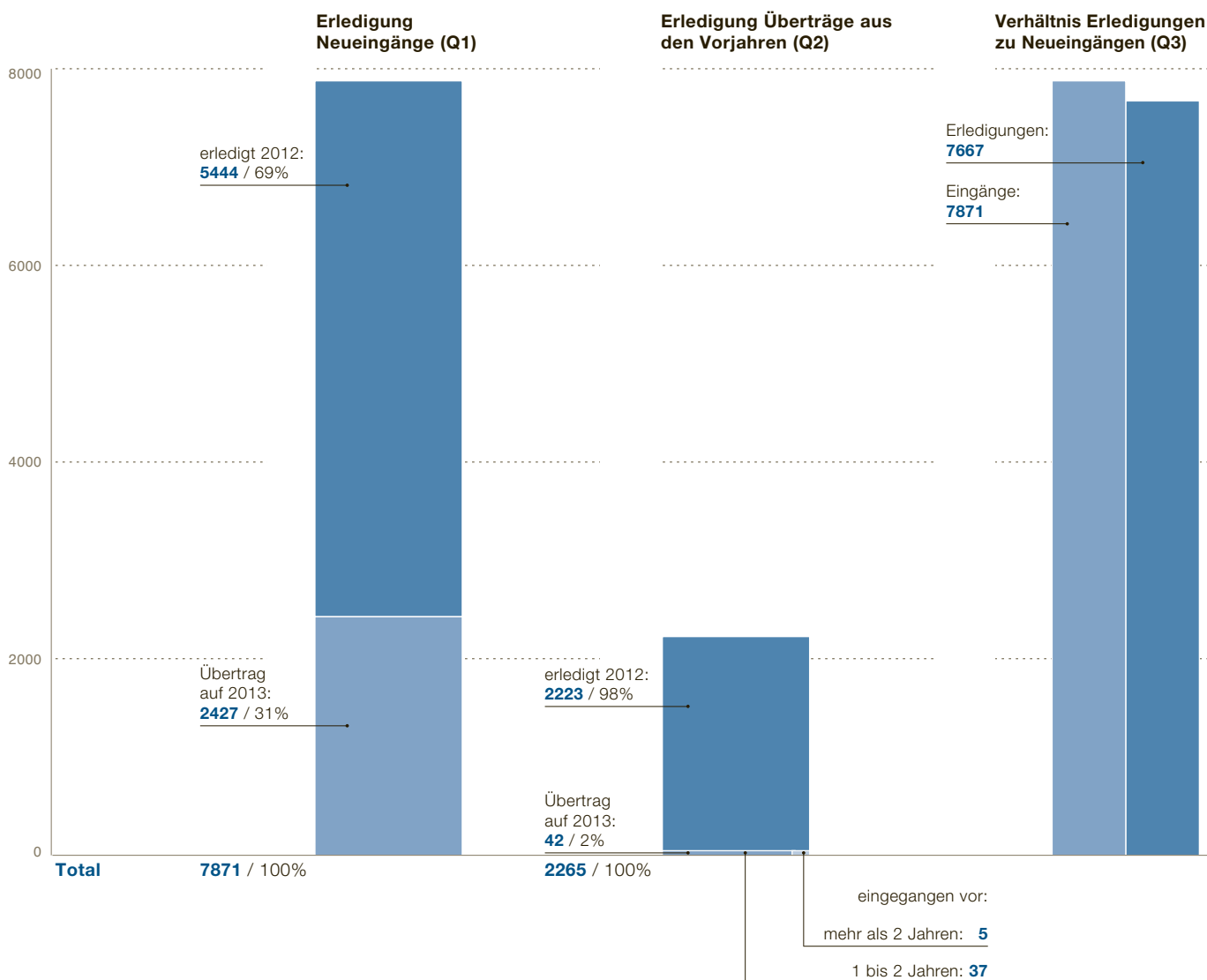


## Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen			Maximale Dauer (Tage)		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)			bis zur Urteilsfällung	für die Ausfertigung	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
		bis zur Urteilsfällung	für die Ausfertigung	für den Prozess			
<b>Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten</b>							
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	129	12	<b>142</b>	1731	188	115	1012
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	47	10	<b>58</b>	414	74	66	638
Klagen	35	7	<b>43</b>	61	9	48	48
Revisionsgesuche usw.	57	13	<b>71</b>	534	96	67	166
<b>Durchschnitt</b>	<b>120</b>	<b>12</b>	<b>133</b>			<b>114</b>	
<b>Zivilsachen und SchKG-Beschwerden</b>							
Beschwerden in Zivilsachen	103	19	<b>122</b>	1138	150	101	1525
Revisionsgesuche usw.	48	8	<b>57</b>	220	22	313	1474
<b>Durchschnitt</b>	<b>102</b>	<b>18</b>	<b>121</b>			<b>104</b>	
<b>Strafrechtspflege</b>							
Beschwerden in Strafsachen	96	10	<b>107</b>	696	106	95	571
Revisionsgesuche usw.	47	6	<b>53</b>	186	24	30	32
<b>Durchschnitt</b>	<b>96</b>	<b>10</b>	<b>106</b>			<b>94</b>	
<b>Weitere Geschäfte</b>							
Freiwillige Gerichtsbarkeit	8	2	<b>10</b>	8	2	–	–
Aufsichtsbeschwerden	78	11	<b>90</b>	119	27	33	55
<b>Durchschnitt</b>	<b>68</b>	<b>9</b>	<b>78</b>			<b>33</b>	
<b>Gesamtdurchschnitt</b>	<b>111</b>	<b>13</b>	<b>125</b>			<b>108</b>	

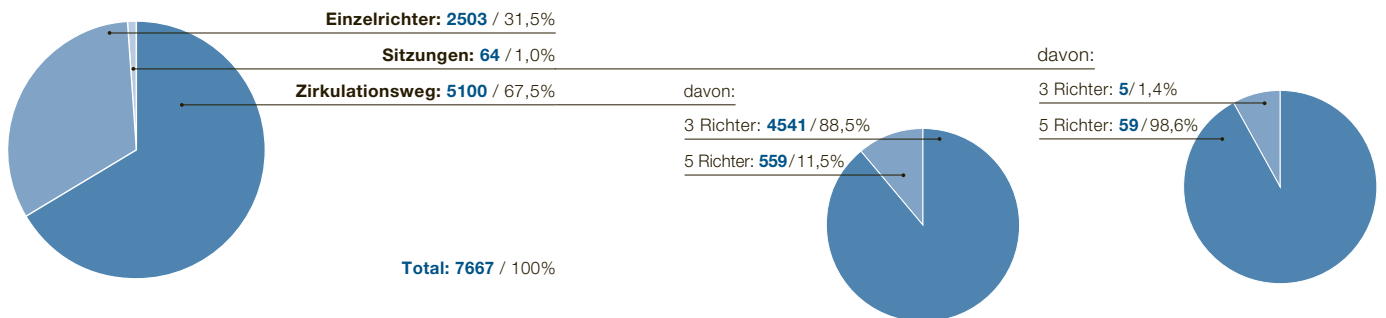
# Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)			Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)			Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)	
	Eingegangene Verfahren 2012	davon Erledigung 2012	davon Übertrag auf 2013	Übertrag von 2011	davon Erledigung 2012	davon Übertrag auf 2013	Eingegangene Verfahren 2012	Erledigung 2012
I. öffentlich-rechtliche Abteilung	1510	1049 (69%)	461 (31%)	337	328 (97%)	9 (3%)	1510	1377 (91%)
II. öffentlich-rechtliche Abteilung	1394	952 (68%)	442 (32%)	394	388 (98%)	6 (2%)	1394	1340 (96%)
I. zivilrechtliche Abteilung	874	599 (69%)	275 (31%)	260	252 (97%)	8 (3%)	874	851 (97%)
II. zivilrechtliche Abteilung	1180	948 (80%)	232 (20%)	268	259 (97%)	9 (3%)	1180	1207(102%)
Strafrechtliche Abteilung	779	496 (64%)	283 (36%)	277	273 (99%)	4 (1%)	779	769 (99%)
I. sozialrechtliche Abteilung	1063	686 (65%)	377 (35%)	364	359 (99%)	5 (1%)	1063	1045 (98%)
II. sozialrechtliche Abteilung	1060	707 (67%)	353 (33%)	365	364 (100%)	1 (0%)	1060	1071(101%)
Weitere Instanzen	11	7 (64%)	4 (36%)	-	-	-	11	7 (64%)
<b>Total</b>	<b>7871</b>	<b>5444 (69%)</b>	<b>2427 (31%)</b>	<b>2265</b>	<b>2223 (98%)</b>	<b>42 (2%)</b>	<b>7871</b>	<b>7667 (97%)</b>



# Art der Erledigung (Spruchkörper / Entscheidungsfindung)

	Einzelrichter	Zirkulationsweg			Sitzungen		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
<b>Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten</b>							
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	1185	2406	256	2662	4	38	42
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	307	90	8	98	-	-	-
Klagen	-	2	-	2	-	-	-
Revisionsgesuche usw.	7	89	1	90	-	-	-
<b>Total</b>	<b>1499</b>	<b>2587</b>	<b>265</b>	<b>2852</b>	<b>4</b>	<b>38</b>	<b>42</b>
<b>Zivilsachen und SchKG-Beschwerden</b>							
Beschwerden in Zivilsachen	578	913	203	1116	1	14	15
Revisionsgesuche usw.	3	26	1	27	-	-	-
<b>Total</b>	<b>581</b>	<b>939</b>	<b>204</b>	<b>1143</b>	<b>1</b>	<b>14</b>	<b>15</b>
<b>Strafrechtspflege</b>							
Beschwerden in Strafsachen	420	987	89	1076	-	7	7
Revisionsgesuche usw.	1	23	1	24	-	-	-
<b>Total</b>	<b>421</b>	<b>1010</b>	<b>90</b>	<b>1100</b>	<b>-</b>	<b>7</b>	<b>7</b>
<b>Weitere Geschäfte</b>							
Freiwillige Gerichtsbarkeit	1	-	-	-	-	-	-
Aufsichtsbeschwerden	1	5	-	5	-	-	-
<b>Total</b>	<b>2</b>	<b>5</b>	<b>-</b>	<b>5</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>2503</b>	<b>4541</b>	<b>559</b>	<b>5100</b>	<b>5</b>	<b>59</b>	<b>64</b>



## Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2011	Eingang 2012	Erledigung 2012	Übertrag auf 2013
<b>I. öffentlich-rechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	205	677	575	307
Beschwerden in Strafsachen	127	788	759	156
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	2	3	2	3
Revisionsgesuche usw.	3	42	41	4
<b>Total</b>	<b>337</b>	<b>1510</b>	<b>1377</b>	<b>470</b>
<b>II. öffentlich-rechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	378	1289	1232	435
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	16	75	82	9
Klagen	-	3	2	1
Revisionsgesuche usw.	-	27	24	3
<b>Total</b>	<b>394</b>	<b>1394</b>	<b>1340</b>	<b>448</b>
<b>I. zivilrechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in Zivilsachen	235	751	720	266
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	21	104	111	14
Revisionsgesuche usw.	4	19	20	3
<b>Total</b>	<b>260</b>	<b>874</b>	<b>851</b>	<b>283</b>
<b>II. zivilrechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in Zivilsachen	251	963	989	225
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	17	202	207	12
Klagen	-	2	1	1
Revisionsgesuche usw.	-	13	10	3
<b>Total</b>	<b>268</b>	<b>1180</b>	<b>1207</b>	<b>241</b>
<b>Strafrechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in Strafsachen	272	757	744	285
Revisionsgesuche usw.	5	22	25	2
<b>Total</b>	<b>277</b>	<b>779</b>	<b>769</b>	<b>287</b>
<b>I. sozialrechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	355	1038	1019	374
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	2	2	3	1
Revisionsgesuche usw.	7	23	23	7
<b>Total</b>	<b>364</b>	<b>1063</b>	<b>1045</b>	<b>382</b>
<b>II. sozialrechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	363	1052	1062	353
Revisionsgesuche usw.	2	8	9	1
<b>Total</b>	<b>365</b>	<b>1060</b>	<b>1071</b>	<b>354</b>
<b>Weitere Instanzen</b>				
Freiwillige Gerichtsbarkeit	-	1	1	-
Aufsichtsbeschwerden an die Verwaltungskommission	-	10	6	4
<b>Total</b>	<b>-</b>	<b>11</b>	<b>7</b>	<b>4</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>2265</b>	<b>7871</b>	<b>7667</b>	<b>2469</b>



## Eingang 2012

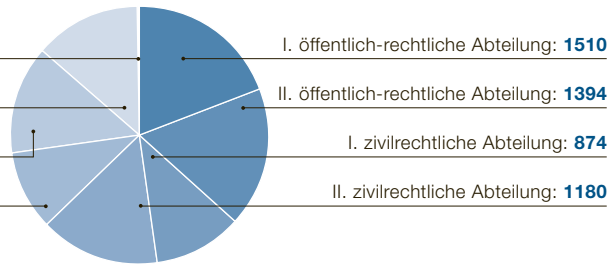
Weitere Instanzen: **11**

II. sozialrechtliche Abteilung: **1060**

I. sozialrechtliche Abteilung: **1063**

Strafrechtliche Abteilung: **779**

**Total: 7871**



## Erledigung 2012

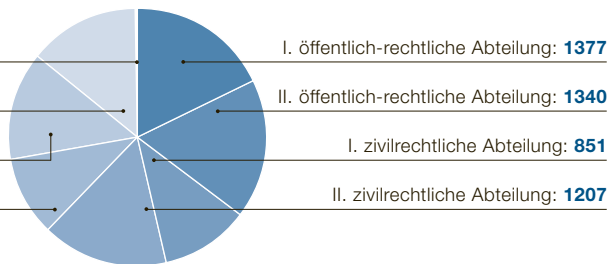
Weitere Instanzen: **7**

II. sozialrechtliche Abteilung: **1071**

I. sozialrechtliche Abteilung: **1045**

Strafrechtliche Abteilung: **769**

**Total: 7667**



## Übertrag auf 2013

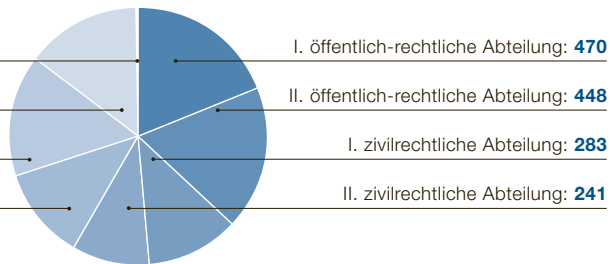
Weitere Instanzen: **4**

II. sozialrechtliche Abteilung: **354**

I. sozialrechtliche Abteilung: **382**

Strafrechtliche Abteilung: **287**

**Total: 2469**



# Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

		Eingang					Erledigung				
		2008	2009	2010	2011	2012	2008	2009	2010	2011	2012
<b>I. öffentlich-rechtliche Abteilung</b>											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Staatsrechtliche Beschwerden und andere Rechtsmittel	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-
	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	5	1	-	-	-	34	2	-	-	-
<b>Total</b>		<b>5</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>41</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	594	559	578	580	677	551	588	629	543	575
	Beschwerden in Strafsachen	345	387	434	735	788	351	368	451	651	759
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	9	9	13	10	3	14	7	11	14	2
	Klagen	-	1	1	-	-	-	1	1	-	-
	Revisionsgesuche usw.	28	32	33	45	42	28	30	34	47	41
<b>Total</b>		<b>976</b>	<b>988</b>	<b>1059</b>	<b>1370</b>	<b>1510</b>	<b>944</b>	<b>994</b>	<b>1126</b>	<b>1255</b>	<b>1377</b>
<b>Total</b>		<b>981</b>	<b>989</b>	<b>1059</b>	<b>1370</b>	<b>1510</b>	<b>985</b>	<b>996</b>	<b>1126</b>	<b>1255</b>	<b>1377</b>
<b>II. öffentlich-rechtliche Abteilung</b>											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Staatsrechtliche Beschwerden und andere Rechtsmittel	-	-	-	-	-	8	-	-	-	-
	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	-	-	-	-	-	24	1	-	-	-
<b>Total</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>32</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	912	857	984	1051	1289	852	804	955	1066	1232
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	152	85	76	76	75	149	100	82	72	82
	Klagen	2	6	3	1	3	1	2	3	7	2
	Revisionsgesuche usw.	14	10	13	19	27	12	12	13	21	24
<b>Total</b>		<b>1080</b>	<b>958</b>	<b>1076</b>	<b>1147</b>	<b>1394</b>	<b>1014</b>	<b>918</b>	<b>1053</b>	<b>1166</b>	<b>1340</b>
<b>Total</b>		<b>1080</b>	<b>958</b>	<b>1076</b>	<b>1147</b>	<b>1394</b>	<b>1046</b>	<b>919</b>	<b>1053</b>	<b>1166</b>	<b>1340</b>
<b>I. zivilrechtliche Abteilung</b>											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Berufungen und andere Rechtsmittel	-	-	-	-	-	17	1	-	-	-
	<b>Total</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>17</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Zivilsachen	604	644	690	767	751	572	625	703	728	720
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	142	157	139	106	104	146	152	138	106	111
	Klagen	1	-	-	2	-	-	1	-	2	-
	Revisionsgesuche usw.	15	15	19	23	19	16	14	17	23	20
<b>Total</b>		<b>762</b>	<b>816</b>	<b>848</b>	<b>898</b>	<b>874</b>	<b>734</b>	<b>792</b>	<b>858</b>	<b>859</b>	<b>851</b>
<b>Total</b>		<b>762</b>	<b>816</b>	<b>848</b>	<b>898</b>	<b>874</b>	<b>751</b>	<b>793</b>	<b>858</b>	<b>859</b>	<b>851</b>
<b>II. zivilrechtliche Abteilung</b>											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Berufungen und andere Rechtsmittel	-	-	-	-	-	18	-	-	-	-
	<b>Total</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>18</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Zivilsachen	869	876	922	909	963	895	879	895	889	989
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	197	191	172	233	202	188	203	167	240	207
	Klagen	-	5	-	1	2	-	5	-	1	1
	Revisionsgesuche usw.	17	10	8	14	13	20	10	8	16	10
<b>Total</b>		<b>1083</b>	<b>1082</b>	<b>1102</b>	<b>1157</b>	<b>1180</b>	<b>1103</b>	<b>1097</b>	<b>1070</b>	<b>1146</b>	<b>1207</b>
<b>Total</b>		<b>1083</b>	<b>1082</b>	<b>1102</b>	<b>1157</b>	<b>1180</b>	<b>1121</b>	<b>1097</b>	<b>1070</b>	<b>1146</b>	<b>1207</b>
<b>Strafrechtliche Abteilung</b>											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Nichtigkeitsbeschwerden und andere Rechtsmittel	1	-	-	-	-	9	1	-	-	-
	Revisionsgesuche usw.	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-
<b>Total</b>		<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>11</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in Strafsachen	1052	1102	1103	854	757	1030	1105	1063	896	744
	Revisionsgesuche usw.	20	24	19	24	22	20	26	18	22	25
<b>Total</b>		<b>1072</b>	<b>1126</b>	<b>1122</b>	<b>878</b>	<b>779</b>	<b>1050</b>	<b>1131</b>	<b>1081</b>	<b>918</b>	<b>769</b>
<b>Total</b>		<b>1073</b>	<b>1126</b>	<b>1122</b>	<b>878</b>	<b>779</b>	<b>1061</b>	<b>1132</b>	<b>1081</b>	<b>918</b>	<b>769</b>

		Eingang					Erledigung				
		2008	2009	2010	2011	2012	2008	2009	2010	2011	2012
<b>I. sozialrechtliche Abteilung</b>											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	-	-	-	-	-	91	-	-	-	-
<b>Total</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>91</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	1061	1081	1059	961	1038	1207	1151	1091	961	1019
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	-	8	3	2	2	-	3	6	2	3
	Revisionsgesuche usw.	20	16	15	16	23	24	15	16	12	23
<b>Total</b>		<b>1081</b>	<b>1105</b>	<b>1077</b>	<b>979</b>	<b>1063</b>	<b>1231</b>	<b>1169</b>	<b>1113</b>	<b>975</b>	<b>1045</b>
<b>Total</b>		<b>1081</b>	<b>1105</b>	<b>1077</b>	<b>979</b>	<b>1063</b>	<b>1322</b>	<b>1169</b>	<b>1113</b>	<b>975</b>	<b>1045</b>
<b>II. sozialrechtliche Abteilung</b>											
Unter dem OG beurteilte Streitigkeiten	Verwaltungsgerichtsbeschwerden und andere Rechtsmittel	-	-	-	-	-	77	2	-	-	-
<b>Total</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>77</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
Unter dem BGG beurteilte Streitigkeiten	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	1073	1095	1061	980	1052	1136	1118	1098	1000	1062
	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-
	Revisionsgesuche usw.	9	14	16	4	8	12	12	18	3	9
<b>Total</b>		<b>1082</b>	<b>1109</b>	<b>1078</b>	<b>984</b>	<b>1060</b>	<b>1148</b>	<b>1130</b>	<b>1117</b>	<b>1003</b>	<b>1071</b>
<b>Total</b>		<b>1082</b>	<b>1109</b>	<b>1078</b>	<b>984</b>	<b>1060</b>	<b>1225</b>	<b>1132</b>	<b>1117</b>	<b>1003</b>	<b>1071</b>
<b>Weitere Instanzen</b>											
	Freiwillige Gerichtsbarkeit	1	-	-	-	1	1	-	-	-	1
	Aufsichtsbeschwerden an die Verwaltungskommission	4	4	4	5	10	3	4	4	6	6
<b>Total</b>		<b>5</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>11</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>7</b>
<b>Gesamttotal</b>		<b>7147</b>	<b>7189</b>	<b>7366</b>	<b>7418</b>	<b>7871</b>	<b>7515</b>	<b>7242</b>	<b>7422</b>	<b>7328</b>	<b>7667</b>

# Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden in öffentlich- rechtlichen Angelegenheiten	Subsidiäre Verfassungs- beschwerden	Andere Fälle BGG	Revisionsgesuche usw.	Total
<b>Staats- und Verwaltungsrecht</b>					
010.00 Aus Art. 8 und 29 BV abgeleitete Rechte	4	-	-	-	4
010.90 Nicht zuzuordnende Beschwerden wegen Verletzung des Willkürverbots	2	-	-	-	2
011.00 Persönliche Freiheit, Schutz der Privatsphäre, Menschenwürde (ohne Haftbeschwerde)	7	-	-	-	7
012.00 Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit	-	-	1	-	1
013.00 Meinungsfreiheit (i.w.S.) und Religionsfreiheit	3	-	-	-	3
014.00 Bürgerrecht, Niederlassungsfreiheit, Fremdenpolizei, Asylrecht	568	38	-	8	614
014.10 Bürgerrecht	24	2	-	-	26
014.20 Niederlassungsfreiheit	5	-	-	-	5
014.30 Ausländerrecht	539	36	-	8	583
015.00 Staatshaftung	21	1	1	3	26
016.00 Politische Rechte	34	-	-	5	39
017.00 Öffentliches Personalrecht	65	3	-	1	69
018.00 Gemeindeautonomie	5	-	-	-	5
019.00 Andere Grundrechte	-	-	-	-	-
020.00 Eigentumsgarantie	-	-	-	-	-
021.00 Stiftungsaufsicht	-	-	-	-	-
022.00 Bäuerlicher Grundbesitz (ohne Erbteilung)	9	-	-	-	9
023.00 Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	5	-	-	-	5
023.99 Öffentliche Register	-	1	3	-	4
030.00 Zivilprozess	-	-	-	-	-
031.00 Strafprozess	-	-	1	-	1
032.00 Verwaltungsverfahren	11	-	-	2	13
033.00 Zuständigkeit, Garantie des Wohnsitz- und verfassungsmässigen Richters	2	-	42	1	45
034.00 Zwangsvollstreckung	-	-	-	-	-
035.00 Schiedsgerichtsbarkeit	-	-	-	-	-
036.00 Auslieferung	12	-	-	1	13
037.00 Rechtshilfe	43	-	-	1	44
038.00 Kantonales Straf- und Verwaltungsstrafrecht	-	-	-	-	-
039.99 Schule, Wissenschaft und Forschung	51	10	-	3	64
043.99 Sprache, Kunst und Kultur	-	-	-	-	-
045.99 Natur-, Heimat- und Tierschutz	11	-	-	-	11
050.00 Landesverteidigung	1	-	-	-	1
060.00 Subventionen	5	-	-	-	5
061.00 Zölle	6	-	-	-	6
062.00 Direkte Steuern	289	2	-	3	294
063.00 Stempelabgaben	-	-	-	-	-
064.00 Indirekte Steuern	30	-	-	-	30
065.00 Verrechnungssteuer	6	-	-	-	6
066.00 Militärflichtersatz	3	-	-	-	3
067.00 Doppelbesteuerung	9	-	-	-	9
068.00 Andere Abgaben	45	1	-	1	47
069.00 Abgabebefreiung und Abgabeerlass	8	17	-	2	27
070.00 Raumplanung	74	-	-	2	76
071.00 Landumlegungen	4	-	-	1	5
072.00 Kantonales Baurecht	163	-	-	6	169
073.00 Enteignung	17	-	-	-	17
074.00 Energie	22	-	-	-	22
075.00 Strassenwesen (inklusive Strassenverkehr)	95	-	-	1	96
076.00 Öffentliche Werke des Bundes (Planung, Bau und Betrieb)	12	-	-	-	12
077.00 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	2	-	-	-	2
078.00 Post, Fernmeldewesen	4	-	-	-	4

	Beschwerden in öffentlich- rechtlichen Angelegenheiten	Subsidiäre Verfassungs- beschwerden	Andere Fälle BGG	Revisionsgesuche usw.	Total
079.00 Radio und Fernsehen	12	-	-	1	13
079.90 Gesundheit	13	-	-	-	13
080.00 Medizinalberufe	15	-	-	-	15
081.00 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	25	-	-	2	27
082.00 Krankheitsbekämpfung	3	-	-	-	3
083.00 Lebensmittelpolizei	2	-	-	-	2
084.00 Arbeitsgesetzgebung (Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsarbeit)	7	-	-	-	7
<b>085.00 Sozialversicherung</b>					
085.01 Sozialversicherung, allgemeiner Teil	1	-	-	-	1
085.10 Alters- und Hinterlassenenversicherung	104	-	-	-	104
085.30 Invalidenversicherung	999	-	-	13	1012
085.40 Ergänzungsleistung zur AHV/IV	89	-	-	1	90
085.50 Berufliche Vorsorge	101	-	-	1	102
085.70 Krankenversicherung	113	-	-	-	113
085.80 Unfallversicherung	358	-	-	10	368
085.90 Militärversicherung	5	-	-	1	6
085.95 Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft	8	-	-	-	8
086.00 Familienzulagen und kantonale Sozialversicherung	14	-	-	-	14
086.20 Arbeitslosenversicherung	143	-	-	1	144
<b>Total</b>	<b>1935</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>27</b>	<b>1962</b>
087.00 Wohnbau- und Eigentumsförderung	-	-	-	-	-
088.00 Sozialhilfe	86	-	-	4	90
090.00 Wirtschaft (öffentliches Recht, wenn keine speziellere Nummer)	34	10	-	2	46
091.00 Freie Berufe	17	5	-	-	22
092.00 Preisüberwachung	-	-	-	-	-
093.00 Landwirtschaft	12	-	-	-	12
093.99 Forstwesen, Jagd und Fischerei	7	-	-	2	9
095.99 Handel, Kredit und Privatversicherung	12	-	-	-	12
099.00 Aussenhandel, Exportrisikogarantie	1	-	-	-	1
<b>Total Staats- und Verwaltungsrecht</b>	<b>3829</b>	<b>88</b>	<b>48</b>	<b>79</b>	<b>4044</b>

# Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden in Zivilsachen	Subsidiäre Verfassungs- beschwerden	Revisionsgesuche usw.	Total
<b>Privatrecht</b>				
<b>100.01 Personenrecht</b>				
101.00 Persönlichkeitsschutz	19	3	–	<b>22</b>
102.00 Namensrecht	2	–	–	<b>2</b>
103.00 Vereine	4	–	–	<b>4</b>
104.00 Stiftungen	–	1	–	<b>1</b>
105.00 Andere Fälle	2	–	–	<b>2</b>
<b>Total</b>	<b>27</b>	<b>4</b>	<b>–</b>	<b>31</b>
<b>109.90 Familienrecht</b>				
110.00 Eheschliessung (inklusive Ehenichtigkeit)	3	–	–	<b>3</b>
111.00 Ehescheidung und Ehetrennung	183	8	4	<b>195</b>
112.00 Wirkungen der Ehe und Güterrecht	108	4	–	<b>112</b>
113.00 Kindesverhältnis	75	5	1	<b>81</b>
114.00 Vormundschaft	50	2	–	<b>52</b>
115.00 Andere Fälle	70	1	1	<b>72</b>
<b>Total</b>	<b>489</b>	<b>20</b>	<b>6</b>	<b>515</b>
<b>119.90 Erbrecht</b>				
120.00 Erben und Verfügungen von Todes wegen	14	–	–	<b>14</b>
121.00 Erbgang: Eröffnung und Wirkungen	23	3	–	<b>26</b>
122.00 Teilung	12	–	–	<b>12</b>
123.00 Erbteilung von landwirtschaftlichen Gewerben und Grundstücken	1	–	–	<b>1</b>
<b>Total</b>	<b>50</b>	<b>3</b>	<b>–</b>	<b>53</b>
<b>129.90 Sachenrecht</b>				
130.00 Grundeigentum und Fahrniseigentum	18	8	–	<b>26</b>
131.00 Dienstbarkeiten	11	2	–	<b>13</b>
132.00 Grundpfand und Fahrnispfand	2	–	–	<b>2</b>
133.00 Besitz und Grundbuch	14	1	–	<b>15</b>
134.00 Andere Fälle	3	–	–	<b>3</b>
<b>Total</b>	<b>48</b>	<b>11</b>	<b>–</b>	<b>59</b>
<b>139.90 Obligationenrecht</b>				
140.00 Kauf, Tausch, Schenkung	38	7	–	<b>45</b>
141.00 Miete und Pacht	154	33	3	<b>190</b>
141.10 Leihe (Gebrauchslleihe und Darlehen)	35	2	–	<b>37</b>
142.00 Arbeitsvertrag	96	14	1	<b>111</b>
143.00 Werkvertrag	43	9	7	<b>59</b>
144.00 Auftrag	84	23	3	<b>110</b>
145.00 Gesellschaftsrecht	69	5	3	<b>77</b>
146.00 Wertpapierrecht	–	–	–	<b>–</b>
147.00 Haftpflichtrecht	32	–	–	<b>32</b>
148.00 Übriges Obligationenrecht	43	16	3	<b>62</b>
<b>Total</b>	<b>594</b>	<b>109</b>	<b>20</b>	<b>723</b>
<b>150.00 Versicherungsvertragsrecht</b>	<b>37</b>	<b>1</b>	<b>–</b>	<b>38</b>
<b>160.00 Haftpflicht für Eisenbahn, elektrische und Rohrleitungsanlagen sowie Kernenergie</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>169.90 Geistiges Eigentum und Datenschutz</b>				
170.00 Marken-, Design- und Sortenschutz	17	–	–	<b>17</b>
171.00 Erfindungspatente	6	–	–	<b>6</b>
172.00 Urheberrecht	3	1	–	<b>4</b>
173.00 Datenschutz (inklusive Öffentlichkeitsprinzip)	–	–	–	<b>–</b>
<b>Total</b>	<b>26</b>	<b>1</b>	<b>–</b>	<b>27</b>
<b>175.00 Unlauterer Wettbewerb</b>	<b>6</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>6</b>
<b>176.00 Kartellrecht</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>–</b>	<b>2</b>
<b>190.00 Übriges Zivilrecht</b>	<b>7</b>	<b>2</b>	<b>–</b>	<b>9</b>
<b>200.00 Schuldbetreibung und Konkurswesen</b>	<b>374</b>	<b>173</b>	<b>4</b>	<b>551</b>
<b>220.00 Zwangsvollstreckung</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>250.00 Zivilprozessordnung</b>	<b>12</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>12</b>
<b>260.00 Internationale Schiedsgerichte</b>	<b>34</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>34</b>
<b>Total Privatrecht</b>	<b>1705</b>	<b>325</b>	<b>30</b>	<b>2060</b>

	Beschwerden in Strafsachen	Aufsichtsbeschwerden	Revisionsgesuche usw.	Total
<b>Strafrecht</b>				
<b>300.01 StGB allgemeiner Teil</b>				
301.00 Strafzumessung	55	–	–	<b>55</b>
302.00 Bedingter Strafvollzug	13	–	–	<b>13</b>
303.00 Massnahmen	14	–	1	<b>15</b>
304.00 Jugendliche und junge Erwachsene	–	–	–	<b>–</b>
305.10 Strafbarkeit	1	–	–	<b>1</b>
305.20 Absehen von Strafe	–	–	–	<b>–</b>
305.30 Verjährung	–	–	–	<b>–</b>
305.40 Übertretungen	–	–	–	<b>–</b>
305.90 Übrige Fragen	100	2	1	<b>103</b>
<b>Total</b>	<b>183</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>187</b>
<b>309.90 StGB besonderer Teil</b>				
310.00 Delikte gegen Leib und Leben	105	–	3	<b>108</b>
311.00 Vermögensdelikte	77	–	4	<b>81</b>
311.10 Strafbare Handlungen gegen das Vermögen	77	–	4	<b>81</b>
311.20 Verletzung des Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnisses	–	–	–	<b>–</b>
311.30 Konkurs- und Betreibungsverbrechen oder -vergehen	–	–	–	<b>–</b>
311.40 Allgemeine Bestimmungen	–	–	–	<b>–</b>
312.00 Ehrverletzungen	18	–	2	<b>20</b>
313.00 Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	20	–	1	<b>21</b>
314.00 Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	31	–	2	<b>33</b>
315.00 Urkundendelikte	20	–	1	<b>21</b>
316.00 Andere Delikte	42	–	2	<b>44</b>
<b>Total</b>	<b>313</b>	<b>–</b>	<b>15</b>	<b>328</b>
<b>319.99 Strafbestimmungen anderer Bundesgesetze</b>				
320.00 Strafbestimmungen des SVG	69	–	2	<b>71</b>
321.00 Strafbestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes	19	–	1	<b>20</b>
322.00 Strafbestimmungen anderer Bundesgesetze	31	–	1	<b>32</b>
330.00 Verwaltungsstrafrecht	–	–	–	<b>–</b>
<b>Total</b>	<b>119</b>	<b>–</b>	<b>4</b>	<b>123</b>
<b>345.00 Strafprozessordnung</b>	<b>791</b>	<b>45</b>	<b>20</b>	<b>856</b>
<b>347.00 OHG</b>	<b>–</b>	<b>4</b>	<b>–</b>	<b>4</b>
<b>349.90 Straf- und Massnahmenvollzug</b>				
350.00 Bedingte Entlassung	12	–	1	<b>13</b>
351.00 Andere Fragen	42	2	1	<b>45</b>
<b>Total</b>	<b>54</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>58</b>
<b>Total Strafrecht</b>	<b>1460</b>	<b>53</b>	<b>43</b>	<b>1556</b>

#### Weitere Geschäfte

390.00 Aufsichtsbeschwerden	–	6	–	<b>6</b>
400.00 Freiwillige Gerichtsbarkeit	1	–	–	<b>1</b>
<b>Total Weitere Geschäfte</b>	<b>1</b>	<b>6</b>	<b>–</b>	<b>7</b>